



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Momme, sagte sie herzlich, laß es dir gut gehn! Wo bleibst du ab? Wir wissen ja von nichts!

Da sah er sie mit einem wunderlichen Blick an: In Schwabstedt hab ich eine Stelle.

Was? schrie Boie Mars Hartwich erstaunt auf, na, Momme, da wirst du merken, was arbeiten ist! Dagegen ist hier bei uns jeder Tag 'n Sonntag, mein Jung!

Das soll mir nicht leid tun, Uns-Herr! antwortete der Knecht mit ruhiger Sicherheit und ging mit einem letzten Gruß hinaus.

Draußen nahm er sein Bündel in den Arm und ging mit aufrechtem Haupte die Berst hinunter; ihm graute nicht vor der Arbeit, die auf ihn wartete. Seit jenem Sommertag hat es ihm keine Ruhe gelassen; es bohrte unablässig an ihm herum, es wuchs etwas in ihm hoch — eine Lust, ein Mut, eine Zuversicht, festzupacken und festzuhalten. Was? Keine Träume — Wirklichkeit, Leben, ein wenig Glück. Und ihm war, als müßte es ihm anderswo besser gelingen — vielleicht wird er ihm etwas helfen, der Wald. — — —

Ein kurzer Herbsttag neigte sich seinem Ende zu. Bei dem Schein der sinkenden Sonne stieg ein junger Mensch raschen Schrittes die letzte Höhe vor dem Walde hinan. Als er oben war, blieb er unwillkürlich stehn und sah hinüber: unter dem Abendhimmel waren alle bunten Farben wie fortgewischt, in eintöniges Braun gehüllt lag der Wald da. So kannte er ihn nicht — das war nicht der sonnenstimmernde, in sattem lebendigem Grün prangende Sommerwald, der ihn mit Wundern und Märchen gelockt, der ihn mit Dunkel und Grauen geängstigt hatte. Heute führt sein Weg nicht hindurch — wo links am Waldrand die ersten Dichter aufblühen, liegt sein Ziel. Nun biegt er ab auf den Fahrweg, der gerade auf das Dorf zuführt. Noch einmal wendet er sich und nickt dem Walde zu: Du sollst sehen, ich gehöre doch hierher! Du sollst sehen, ich zwingen es doch, das Leben.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 4. Juli 1909

(Die innere Krisis und die konservative Partei.)

Wir stehn noch immer in Verhältnissen, deren Entwicklung niemand, und wäre er noch so tief eingeweiht, voraussehen kann. Nur das eine ist — leider — nun vollständig klar, daß auf ein Verbleiben des Fürsten Bülow im Amte nicht mehr gehofft werden darf. Wenn Fürst Bülow nicht sofort zurückgetreten ist, so ist das nicht geschehen, weil noch die Hoffnung bestand, eine Wendung der Dinge herbeizuführen, bei der es dem Reichskanzler möglich gewesen wäre, die Regierung weiterzuführen, sondern weil er, dem Wunsche des Kaisers gemäß, von der Finanzreform noch retten sollte, was zu retten war, und weil er hoffen durfte, wenigstens das Ärgste zu verhüten. Hätte er sogleich alles hingeworfen und der neuen Mehrheit das Feld überlassen, so wäre der Anschein erweckt worden, als sei diese neue Mehrheit mächtiger, als sie in der Tat ist. Sie hätte dann vollständig freies Spiel gehabt, da alsdann wahrscheinlich auch der Bundesrat in Folge der Parteiverhältnisse in den Einzelstaaten unter der Führung eines neuen Reichskanzlers nicht die nötige Widerstandskraft gehabt hätte, um eine ihm dargebotne

halbe Milliarde neuer Reichseinnahmen zurückzuweisen. Solange aber Fürst Bülow seine im Bundesrat noch unerschütterte Autorität einsetzen kann, um ungerechte, Handel und Gewerbe schädigende Belastungen zu verhüten, wird auch die neue Mehrheit Vorsicht üben müssen, da sie das Interesse hat, zu zeigen, daß sie besser ist als ihr Ruf, ja womöglich, daß sie mehr leistet als der Block des Fürsten Bülow. Wie freilich nach Ablehnung der Erbanfallsteuer eine mit der Reichsverfassung vereinbare, ausreichende und gerechte, gleichmäßige Besteuerung des Besitzes erreicht werden soll, ist noch immer unklar. Erst in diesen Tagen ist noch wieder im Reichstage die Äußerung gefallen, die Erbanfallsteuer bedeute gar keine allgemeine und gerechte Besitzsteuer, da sie doch nicht das Kapital der Aktiengesellschaften treffe. Das ist gar nicht einmal richtig, denn selbstverständlich unterliegen auch Aktien und andre Teile des Kapitals der Aktiengesellschaften, die doch immer in irgendeiner Form am letzten Ende Guthaben physischer Personen darstellen, der Erbschaftsteuer beim Tode des Eigentümers oder jeweiligen Gläubigers. Außerdem aber zeigt sich darin wieder die alte Verkennung des Zwecks der geforderten Besitzsteuer für das Reich, die ja gar nicht besonders geeignete Besitzformen für die Heranziehung zur Aufbesserung der Staatseinnahmen ausfindig machen will — das ist vielmehr Sache der einzelstaatlichen Steuergesgebung —, sondern die vielmehr einen Ausgleich dafür schaffen soll, daß durch eine außerordentliche Erhöhung der indirekten Steuern, wie sie das Reich braucht, die ganze Last der Steuererhöhung auf Verbrauchsartikel fällt, die alle Schichten der Bevölkerung ziemlich gleichmäßig bedürfen, deren Mehrbelastung also die ärmern Schichten verhältnismäßig härter trifft als die wohlhabendern. Darum ist das agrarische Geschrei nach stärkerer Heranziehung des mobilen Kapitals eine vollständige Verschiebung des Grundgedankens der ganzen Finanzreform. Dieser Grundgedanke mußte davon ausgehn, daß das Reich bei Erhöhung seiner eignen Bedürfnisse eben in erster Linie auf die stärkere Besteuerung des Massenverbrauchs angewiesen ist, also auf eine Form der Steuer, die zweifellos die schwächern Schulktern belastet. Dabei soll durchaus nicht bestritten werden, daß im Laufe der Entwicklung auch hierbei in vielen Beziehungen eine Abwälzung der Lasten und ein allmählicher Ausgleich stattfindet, sei es durch Lohnerhöhung, Steigerung der Warenpreise und ähnliche Vorgänge, die doch zuletzt wieder den Wohlhabendern ihren Anteil an den Lasten zuschieben. Aber diese Entwicklung vollzieht sich sehr allmählich und nur teilweise. Die unmittelbare Wirkung einer Erhöhung der indirekten Steuern trifft zunächst die wirtschaftlich Schwächern, und so wird die Wirkung jedenfalls zunächst empfunden. Wenn nun mit Recht eine Ergänzung und ein sofortiger Ausgleich dieser nächsten Wirkung gesucht wird, so kann diese unmöglich darin gefunden werden, daß für die Verteuerung des Biers und der Zigarre, die den Luxus des geringen Mannes darstellen, vielleicht eine in bescheidenen Verhältnissen lebende Witwe des Mittelstandes herangezogen wird, die ihre paar Ersparnisse in gut verzinslichen Wertpapieren angelegt hat, also über „mobiles Kapital“ verfügt, während der Großgrundbesitzer geschont wird. Wir sind gewiß weit davon entfernt, mit einem Großgrundbesitzer die Vorstellung zu verbinden, die in unschöner Hegererei von gewissen linksstehenden Blättern gepflegt wird, die Vorstellung eines Parforcejagden reitenden, Sekt trinkenden Müßiggängers. Wir erinnern vielmehr daran, daß die wirklich verschuldeten und überlasteten Grundbesitzer nach den Vorschlägen der verbündeten Regierungen in durchaus genügender Weise geschont, überhaupt der Grundbesitz seiner Eigenart gemäß berücksichtigt werden sollte. Aber es muß doch immer die Grundforderung festgehalten werden, daß nicht ein Besitz von bestimmter Art eben um dieser Art willen besteuert werden soll, sondern daß der Besitzende, gleichviel wer er ist, nach der Höhe seines Besitzes

und nach seiner wirklichen Leistungsfähigkeit mehr belastet werde. Nur darin liegt ein Ausgleich und eine Rechtfertigung für die Erhöhung der indirekten Steuern auf den Massenverbrauch. Wie das aber in dem, was man jetzt Reichsfinanzreform nennt, noch zum Ausdruck gebracht werden kann, ist zunächst vollkommen rätselhaft. Die neue Mehrheit wird kalten Bluts die Mehrbelastung der wirtschaftlich schwächeren Schichten mit indirekten Steuern um fast eine halbe Milliarde durchzusetzen versuchen, und was dann noch fehlt, wird mit der bekannten Verständnislosigkeit und ungeschickten Eilfertigkeit, die weiter kein Handwerkzeug braucht als die in agrarischen und antisemitischen Volksversammlungen mit den einfachsten Mitteln der Unkenntnis genährte Entrüstung gegen „Börse“ und „Kapital“, dem deutschen Handel und Gewerbe aufgepakt werden. Wie weit dann bei den verbündeten Regierungen Grundsatzfestigkeit, Einsicht und Weitblick über die Lockungen einer augenblicklichen Vinderung der Finanzschmerzen siegen wird, ist noch nicht ganz klar zu erkennen, wenigstens noch nicht in dem Augenblick, wo wir diese Zeilen schreiben.

Je mehr man darüber nachdenkt, in welchem Verhältnis die Gründe der Abneigung der Agrarier gegen die Erbschaftsteuer zu den Gefahren und Schäden der Krisis stehen, die sie jetzt heraufbeschworen haben, desto unverständlicher wird die ganze Sache. Dieses Verhältnis ist eben ein Mißverhältnis — ein Mißverhältnis, wie es in der Geschichte moderner Staaten und in der Geschichte von Parteien, die von Menschen mit gesundem Verstand geleitet werden, bisher wohl ziemlich vereinzelt dastehn dürfte. Die Agrarier beklagen sich mit einem starken Aufwand von Entrüstung, den man ja auch unter normalen Verhältnissen verstehen würde, darüber, daß sie nach dem Vorgang von Professor Hans Delbrück vielfach beschuldigt worden sind, sie lehnten die Erbanfallsteuer nur deshalb ab, weil sie dem Staat keine Einblicke in das Geheimnis ihrer Steuerdeklarationen gewähren wollten. Wir sind auf diese Streitfrage niemals eingegangen, weil es uns widerstrebt, Beschuldigungen zu erörtern, die uns nicht genügend bewiesen schienen. Aber auf eins muß doch hingewiesen werden, weil dieser Gedanke schon in vielen Köpfen Raum gewonnen hat. Das ungeheure Mißverhältnis zwischen den öffentlich erörterten, so unsäglich fadenheitigen Gründen der Agrarier gegen die so leicht zu tragende Erbschaftsteuer einerseits und andererseits dem Fanatismus, mit dem die Agrarier im Bündnis mit den politischen Todfeinden der deutschen Nation als Werkzeug der Zentrumsrache alles kurz und klein schlagen, nur um in dieser einen Steuerfrage Recht zu behalten, muß doch immer wieder die Frage in den Vordergrund schieben, worin die vor der Öffentlichkeit verschwiegenen, wahren Beweggründe dieser Haltung bestanden haben. Und diese Frage muß in jedem Falle zu Ungunsten der Agrarier beantwortet werden, mag nun die Behauptung des Professors Delbrück geglaubt werden, oder mag man andre Erklärungen finden. Das wird freilich nicht auf alle die zutreffen, die über die tatsächliche Bedeutung der Bestimmungen des abgelehnten Gesetzes von der agrarischen Presse derart angelogen und eingewickelt worden sind, daß sie überhaupt noch heute nicht wissen, worum es sich eigentlich gehandelt hat. Wir meinen nur die, die sich das selbständige Prüfen und Denken noch nicht abgewöhnt haben. Sie müssen auf eigne Gedanken kommen, wenn sie über dieses Gebaren nachdenken. Wenn in einem Hotel aus irgendeinem Grunde, der allen sonst harmlos und berechtigt erscheint, eine Durchsuchung sämtlicher Zimmer stattfindet, und ein einziger Gast stellt sich mit hochrotem Kopf vor die verschlossene Tür, ohne daß sich vernünftige Menschen den Grund erklären können, so sagt sich jeder: der Mann hat entweder ein schlechtes Gewissen oder einen besondern Grund, den er nicht sagen will. Und er wird daraufhin als ein verdächtiges Individuum angesehen werden, auch dann, wenn er vielleicht nichts

verbrochen hat. Dieses — man möchte fast sagen — psychologische Gesetz wird auch auf die Agrarier angewandt werden und über kurz oder lang die Vergeltung vollziehen helfen. Das Verhalten der Agrarier und der von ihnen aufgepeitschten Konservativen war — abgesehen von allem andern — eine Dummheit ersten Ranges. Es mag unhöflich klingen, aber auf gut Deutsch läßt es sich nicht anders ausdrücken.

Übrigens fehlt es schon jetzt nicht an Anzeichen, daß das sogar schon Mitgliedern der konservativen Reichstagsfraktion klar geworden ist. Leider zu spät! Aber es wäre im Interesse der nächsten Zukunft wünschenswert, was wir schon in unsrer letzten Betrachtung angedeutet haben, daß die konservativen Wähler und Organisationen, deren gutkonservative Grundsätze in der Demagogie der Herren vom Bund der Landwirte und dem Fanatismus des Herrn v. Heydebrand noch nicht untergetaucht und rettungslos versunken sind, jetzt anfangen, mit ihren Volksvertretern und ihrer Presse, wie man zu sagen pflegt, „Fraktur zu reden“! Es ist ja schon manches kräftige Wort gesprochen worden, aber aus der latenten, nur im vertrauten Kreise ausgesprochenen Entrüstung muß eine öffentliche werden. Man möge sich nur klar machen, wohin wir kommen, wenn sich der jetzige Zustand weiter entwickelt. Jede gesunde politische Entwicklung kann sich nur vollziehen, wenn konservative und liberale Grundsätze in einer maßvollen, den jeweiligen wirklichen Bedürfnissen und Umständen der Zeit entsprechenden Weise aufeinander einwirken. Andre Länder sind in der glücklichen Lage, daß sich die Verhältnisse ganz von selbst so gestalten. Hier und da mögen stärkere Schwankungen des Gleichgewichts, das Hineinspielen anderer Gegensätze die Verhältnisse zeitweise unbehaglich gestalten, aber es bleiben doch immer die Möglichkeiten des Ausgleichs gewahrt. Wir in Deutschland aber haben die eigenartige, antinationale, in der ganzen Welt einzig dastehende Entwicklung unsers Sozialismus, der jedes normale Verhältnis des Staatslebens zu dieser Partei vollkommen ausschließt. Wir haben weiter die konfessionelle Zentrums-
partei, die ihre Ziele ebenfalls vollständig losgelöst von den Grundbedingungen gesunder nationaler Entwicklung bestimmt. Das sind zwei Parteibildungen, die aus dem Rahmen des normalen, reinpolitischen Parteilebens ganz und gar herausfallen und die gegensätzlichen Beziehungen zwischen Konservativen und Liberalen nur zur Störung des gesunden Staatslebens im Sinne ihrer besondern staatsfeindlichen Ziele benutzen. Nun ist der Versuch, die Gegensätze zwischen Konservativen und Liberalen wenigstens in der gesetzgeberischen Praxis so weit zu mildern, daß in den großen Lebensfragen der Nation eine gemeinsame Abwehr dieser feindlichen Störungen möglich ist, vorläufig gescheitert, und zwar weil sich die Konservativen in den Bann einer dritten feindlichen Macht begeben haben, die den ganzen Staat in den Dienst einer wirtschaftlichen Interessengruppe und einer Clique zwingen wollen. Der Bund der Landwirte tritt jetzt ebenbürtig neben Zentrum und Sozialdemokratie als staatsfeindliches Element. Damit überlassen die Konservativen die eigentliche Förderung der Staatsentwicklung dem nur durch die kleine Gruppe der Reichspartei verstärkten Liberalismus in seinen vielen Schattierungen, dem zerklüfteten, zerfahrenen, des Regierens ungewohnten, stets über seinen Doktrinarismus stolpernden Liberalismus. Das sind unmögliche Zustände. Das ist kein Heer, das nach drei Seiten Front machen kann, um den Staatsgedanken wenigstens in den dürrigsten Umrissen zu retten. Und was würde dabei herauskommen, wer würde den Nutzen haben, wenn jetzt unter der Erregung dieser Tage der Konservatismus in deutschen Landen gelähmt würde? Würde das etwa auch dem Liberalismus Genesung bringen? Gewiß nicht!

Die Konservativen, die noch den Staatsgedanken und die Staatsautorität so weit hochhalten, daß sie Ultramontanismus und Sozialdemokratie in ihrer wahren

Wirkung auf unser politisches Leben zu erkennen vermögen, müssen sich jetzt auffassen und mit ihrer Führung abrechnen. Sie müssen den Mut haben, die guten Überlieferungen ihrer Partei zu vertreten, den Vann der Lüge und des Eigennutzes abzuschütteln, sodaß es ihnen gelingt, ohne Verleugnung der berechtigten und wahren Interessen der Landwirtschaft als eines grundlegenden Elements unsrer Volksgesundheit den Bund der Landwirte niederzuzwingen und ihn wieder zu einem staats-erhaltenden Element zu machen. Sonst müßten wir einem innern Kampf aller gegen alle verfallen, und das darf nicht sein.

Es ist eigentlich unbegreiflich, daß die Parteiverblendung eines sonst klugen Mannes wie Herr v. Heydebrand in Gemeinschaft mit dem Machtkitzel und den demagogischen Instinkten ehrgeiziger Wortführer des Bundes der Landwirte — denn die sind die Schuldigen — eine große, im Bestande unsers politischen Lebens notwendige und sonst bewährte Partei in solchem Grade in den Sumpf reiten konnte. Aber freilich rekrutiert sich die Reichstagsfraktion zum großen Teil aus Leuten, die dem innern Wesen des Parlamentarismus eigentlich fremd bleiben. Im praktischen Leben in der Regel kluge und tüchtige Leute, werden sie in der parlamentarischen Arena selten wirklich warm. Was die Liberalen in ihren fortgeschrittenen Spielarten in der Regel zu viel haben, die breite Geschwätzigkeit und doktrinaire Selbstgefälligkeit, das haben sie zu wenig. Ein echter Konservativer, der als Debatter glänzt, ist eine Seltenheit. Sie sind im Gegensatz zu den Liberalen mehr Troupiers als Freischärler im Kampf. Der jetzige Führer der Fraktion verliest nur Erklärungen, ist in der Debatte einfach unmöglich. Darum wird die Fraktion so leicht das Opfer einzelner rühriger und ehrgeiziger Mitglieder, die nach ihrer ganzen Anlage aus dem Rahmen des konservativen Durchschnittsparlamentariers herausfallen und durch kalte Berechnung, eine gute Dosis Fanatismus und rücksichtsloses Auftreten, durch Gewandtheit in der Anregung und Beherrschung des oft recht spröden Arbeitsstoffes, endlich aber auch durch demagogische Talente und ihre geschickte Einkleidung in die Form sympathischer Offenherzigkeit und Treuherzigkeit die andern mit sich fortreißen und eine beherrschende Stellung gewinnen. Man hat Herrn v. Heydebrand dieser Tage nicht unrichtig den „Mann im Souffleurkasten“ genannt.

So hat diese Partei es fertig gebracht, einen Staatsmann zu stürzen, und zwar — wie allen Bemäntelungen zum Troß auf das bestimmteste festgestellt werden muß — mit Bewußtsein zu stürzen, der, obwohl keineswegs im Dienste der Partei, doch der ganzen Richtung seines Denkens nach ein konservativer Staatsmann im besten Sinne des Wortes genannt werden muß, ja der eigentlich der konservativen Partei zuerst und hauptsächlich den Weg zu einer lebensfähigen Zukunft gewiesen hat. Denn seine Politik zeigte dem konservativen Prinzip eine lohnende und vollstündliche Aufgabe unter den veränderten Verhältnissen, die das moderne Wirtschaftsleben und die neue Weltlage heraufgeführt hat. Die alte Politik der Fraktion, die veraltete, rückständige Meinungen durch demokratische Methode zu modernisieren glaubte, hat im Gegensatz dazu am eignen Ruin gearbeitet, nicht für den Augenblick, wohl aber für die Zukunft. Sie hat den Kredit wertvoller, staats-erhaltender Elemente beim Volke unheilbar erschüttert und wieder einmal die alte Erfahrung bestätigt, daß die Menschen aus der Geschichte nichts lernen, sondern die Erfordernisse der Zeit immer erst erfassen, wenn sie durch Unverstand auf die Revolution hingearbeitet haben.

Der Deutsche als Staatsbürger. Betrachtungen über Politik von Dr. jur. Karl Regensborn, Königlich Preussischem Regierungsrat. München, F. F. Lehmanns Verlag, 1908. 57 Seiten. Broschiert 1,20 Mark. Den Lesern der Grenzboten sind die Gedankengänge dieser Schrift nicht neu; stammen doch aus

der Feder Karl Regenborns die vor einiger Zeit in dieser Zeitschrift veröffentlichten trefflichen Aufsätze über „Nationale Erziehung“. Wer den Gedanken der politischen Erziehung in allen seinen Einzelheiten durchdenkt, der kommt von ihm nicht los, die Fülle der Probleme und ihre politische Tragweite läßt etwas vom Propheten, vom Agitator über ihn kommen. Diesen Drang zum Überzeugen hat offenbar auch Regenborn, er spricht aus jeder Zeile des temperamentvoll gehaltenen Schriftchens. Wir freuen uns dieser Energie; gilt sie doch, wie wir mehrfach ausgeführt haben, einer guten Sache. So sehr wir mit Regenborn einig sind in der Notwendigkeit politischer Erziehungsarbeit, so ist doch noch sehr viel umstritten in bezug auf das „Wie?“ Bereits regen sich die politischen Vereine und Parteien, die die politische Aufklärung des heranwachsenden Geschlechts als ihre Domäne angesehen wissen wollen. Namentlich sind es die extremen Parteien, die am schärfsten diese Tätigkeit für sich fordern, das Zentrum und die Sozialdemokratie. Hier billigen wir durchaus Regenborns Auffassung, daß die Hauptarbeit der Schule zuzuweisen ist. Dadurch wird natürlich der Schwerpunkt der Frage an die Stätten unserer Lehrerbildung gelegt, an die Universitäten und Lehrerseminare. Hier sind Bildungsmöglichkeiten im Sinne der politischen Erziehung zuerst zu schaffen. Haben wir erst ein politisch interessiertes und geschultes Lehrermaterial, ein Lehrermaterial, das sich eben infolge seiner wissenschaftlichen Einsicht in das Staatsleben als Ganzes genommen fernhält von allen politischen Utopien und parteipolitischen Einseitigkeiten, so ist für uns mit Regenborn die Frage im wesentlichen gelöst. Dann finden sich die praktisch-pädagogischen Maßnahmen von selbst. Davon sind wir aber noch sehr, sehr weit entfernt. Bis dahin ist noch viel Aufklärungs- und besonders Aufräumungsarbeit zu leisten. Wir wünschen daher Regenborns Schrift viele aufmerksame Leser und noch mehr arbeitsfreudige Gefinnungsgeoffen.

R.

Das Lied vom Kinde. Herausgegeben von Theodor Herold. Leipzig, Fritz Eckardt. Theodor Herold, als Lyriker und Schulmann gleich rühmlich bekannt, hat in dieser Sammlung mit seinem künstlerischen Taktgefühl Gedichte zusammengestellt, in denen das Leben des Kindes — ich möchte besser sagen: das Seelenleben der Mutter und des Kindes — eine dichterisch intime und originale Darstellung erfahren hat. Es ist also keine Kinderliedersammlung, obwohl auch Spiel und Kinderglück genugsam in diese Harmonie hineinklingen, und obwohl gerade dem heitern Empfinden, der Freude, der Hoffnung, dem emporstrebenden Leben besondere Abschnitte gewidmet sind. Es ist ein Buch für die Familie, für Mütter und heranwachsende Mädchen. Ich sehe seinen besondern Wert darin, daß der Herausgeber nur künstlerisch wertvolle Gedichte aufgenommen hat, und daß er mit seinem Spürsinn weniger bekannte intim und zart empfundne Gedichte aufgesucht hat und hier gesammelt bietet. Man wird sein Buch mit tiefer Andacht und reiner Freude lesen, zumal da auch die Anordnung künstlerisch ist und dem Milieu, den Sphären der wachsenden Entwicklung der Kindesseele folgt. Ältere und moderne Dichter sind in gleicher Weise berücksichtigt. Villenron, Falke, Busse, Albert Geiger, Münchhausen, Adolf Holst, Gustav Schüler, Frida Schanz und viele andre der lebenden Dichter sind in der Sammlung vertreten, und man ist oft erstaunt, ein wie zartes Empfinden sie alle, die sonst so verschieden gearteten, in diesem holden Kreise befeelt und eint.

Hans Benjmann

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig und George Kleinow in Berlin-Friedenau. Alle Zuschriften an die Redaktion sind nur nach Leipzig, Inselstraße 20, zu richten. Verlag von Fr. W. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig